Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 406 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,50, vierteljährlich Mk. 4,50 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,65, vierteljährlich Mk. 4,95 außer Postgeld

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, Abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512

Morgen-Ausgabe

Mittwoch, 20. August

Anzeigenpreis: Die 7gesp. 38 mm breite mm-Grundzeile 20 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 60 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

* Statt in Oberschlesien fest zuzufassen, weil dort die polnischen Banden unentwegt weiterkämpfen, beschönigt der Reichskanzler mit Worten den Ernst der Lage.

* Der Reichskanzler empfing eine Abordnung des Bundes deutscher Frauen zur Befreiung der Gefangenen", die verlangte, daß die Reichsregierung die Gründe, die die Rückbeförderung der Kriegsgefangenen verhindert hätten, bekanntgeben soll. Sie wurden in der allbekannten Weise getröstet.

* Die Weimarer Beratungen werden voraussichtlich am Donnerstag zu Ende gehen.

* Die Räumung Litauens wird voraussichtlich am 2. September beendet sein.

Die Kämpfe in Oberschlesien

Die Truppen auf Kattowitz zurückgenommen. — Die Polen zum Teil zurückgedrängt.

Die Regierung mußte nach den Erfahrungen aus dem Dezember 1918, da durch die glänzenden Informationen des Herrn v. Gerlach Posen und ein Teil von Westpreußen verloren gegangen ist, den Ereignissen in Oberschlesien anders gegenüberstehen. Ohne Zweifel bereitet sich in Oberschlesien derselbe Kampf vor, dem damals das Deutschtum in den Ostmarken erlegen ist, weil die Regierung in geradezu unverantwortlicher Gelassenheit keinen Finger zur Rettung der Provinzen rührte. Im Falle Oberschlesien ist es gerade so. Während ein Teil der südöstlichsten Spitze der Provinz bereits in festen Händen der Aufrührer (Polen!) ist, gibt in Weimar der Reichskanzler bekannt, daß alle Nachrichten wesentlich übertrieben sind. Wir glauben die Lage nach allen eingegangenen Meldungen weit ernster beurteilen zu können und wollen ungeschminkt aussprechen, daß, wenn die Regierung jetzt nicht die Wahrheit sagt und damit das ganze deutsche Volk an der Rettung der oberschlesischen Ecke interessiert und wenn weiter die Regierung nicht fest zupackt, auch Oberschlesien den Polen in die Hand gespielt wird. Die Schuld des Herrn v. Gerlach ist noch in zu frischer Erinnerung als daß es dieses Mal dem Kanzler gelingen sollte, durch schöne Redensarten den Preußengeist eines Friedrich des Großen im deutschen Volke zu ersticken. Oberschlesien kann jetzt nur eines retten, — eine befreiende Tat.

Kattowitz, 19. August.

Die Pressestelle des Staatskommissariats meldet: Die Lage im oberschlesischen Gebiet ist nach wie vor ernst. Unsere Truppen sind bemüht, des Aufstandes Herr zu werden. Es ist aber dringend notwendig, daß fortgesetzt Truppenverstärkungen in das Aufstandsgebiet gesandt werden, schon um die Grenzen ordnungsgemäß zu besetzen und eine Verbindung zwischen den Insurgenten und den Polen unterbinden zu können. Die Lage im Kattowitzer Bezirk ist leider so, daß zwar Myslowitz und Kattowitz fest in den Händen unseres Militärs sind, daß aber die übrigen Teile dieses Bezirks zum größten Teil als von den Insurgenten besetzt anzusehen sind. Etwas günstiger ist die Lage im Beuthener Bezirk. Aber auch hier ist sie ernst. In Berichten aus dem Kattowitzer Bezirk heißt es: Im Laufe des gestrigen Tages fanden dauernd Kämpfe in den Dörfern Roßdzin-Schoppinitz, Janau, Giesche wald mit bewaffneten Banden, die mit Maschinengewehren und reichlich Munition versehen waren, statt. Leider gelang es den Banden, einzelne unserer Feldwachen aufzuheben. Gegen Abend mußten angesichts dieser Lage die Truppen auf Kattowitz und Myslowitz zurückgezogen werden.

Gegenwärtig ist im Abschnitt Kattowitz die Lage derart, daß Kattowitz als fest in den Händen unserer Truppen gelten kann, daß aber die übrigen größeren Teile des Abschnitts als in der Gewalt der Insurgenten zu betrachten sind. Herangezogene Truppenverstärkungen mußten die Aufgabe, die verloren gegangenen Teile dieses Bezirks wieder zu erobern und eine feste Grenzlinie zu schaffen, ausführen.

Aus dem Beuthener Bezirk wird gemeldet: Gegen Abend wurden starke Ansammlungen in der Gegend von Piekar, Gifolashütte, Hohenlinde, Schomberg und besonders Kunnerwühle gemeldet. Die Truppen des Abschnittes Beuthen nahmen an der Säuberung in der Gegend Karf Friedenshütte, Schlesiengrube, Piaßnitz, Königshütte teil. Für Beuthen wurde für alle Fälle eine größere Truppenmenge bereitgestellt. Die Nacht verlief verhältnismäßig ruhig. Gegen Morgen wurden Teile des Detachements Hoellmann und des Regiments 63 bei Karf, Beuthen, Piaßnitz und in Gegend von Schomberg, Orzegow, Godullahütte, Morgenrot angesetzt, um die dort versammelten Insurgenten zu vertreiben und die Gegend zu säubern. Abschließende Nachrichten über den Erfolg dieser Unternehmung stehen noch aus. Im Beuthener Bezirk fühlt sich das Militär als Herr der Lage. Ein Bataillon Verstärkung ist eingetroffen.

Beuthen, 19. August.

Weitere militärische Verstärkungen sind gestern nach Oberschlesien abgerollt. Ein Detachement rückte gestern in Schomberg ein und säuberte den Ort, wobei etwa 18 Personen festgenommen und Haussuchungen nach Waffen vorgenommen wurden. Jetzt herrscht dort Ruhe. Die Anführer haben sich nach Bobrek zurückgezogen. Karf wurde im Laufe des Tages gesäubert und von den Truppen nach Kampf besetzt. Auch hier wurden Haussuchungen nach Waffen vorgenommen. Gegen Kamin bei Beuthen sind militärische Unternehmungen im Gange, da dieser Ort noch zu säubern ist. Die Schlesiengrube wurde gestern von den Truppen besetzt. Gegen Lipine, das teilweise noch aufrührerisch gesinnt ist, sind militärische Unternehmungen eingeleitet. Der Gotthardschacht, der in der Hand der Aufrührer war, wurde gestern genommen. Die Ruhe ist wiederhergestellt. Weitere Unternehmungen sind im Gange gegen Orzegow, Godullahütte, einen Teil von Lipine, sowie in Richtung Morgenroth. Die Verluste auf militärischer Seite betragen sieben Tote und siebzehn Verletzte, die des Gegners sind beträchtlich höher. Fortgesetzt werden Transporte von Gefangenen aus der Beuthener Umgebung eingeliefert, von denen nachweislich feststeht, daß sie sich am Aufruhr beteiligt haben.

Ueber die Lage wird gemeldet, daß der Herd des Aufstandes auf Schoppinitz, Janow und Nikischacht beschränkt ist. Kattowitz mit seinen Vororten ist ganz ruhig. Auch Myslowitz, wohin sich die kleinen Grenzpostierungen zurückgezogen hatten, war den Tag über nach der Schießerei der vergangenen Nacht im allgemeinen ruhig und fest in der Hand der Reichswehrtruppen. Den Aufrührern gelang es, vereinzelte kleine Trupps, die in Ortschaften eingeschlossen waren, nach langerem andauernden Feuergefecht und infolge Mangels an Munition zu entwaffnen und gefangen zu nehmen. Auch wurden während der Nacht Postierungen meuchlings ermordet. So der Führer der eingesetzten Pionierkompagnie, der auf dem Wege nach Imielin einem Hinterhalt zum Opfer fiel. Die Erbitterung der Truppen, die ihre oberschlesische Heimat verteidigen, kennt dem hinterlistigen Feinde gegenüber keine Grenzen. Die eingesetzten Teile führten stellenweise ein stundenlanges Feuergefecht mit großer Heftigkeit. Leider werden auf unserer Seite Offiziere und Mannschaften vermißt, doch dürften die Gegner erheblich höhere Verluste erlitten haben. Mit Hilfe der eingetroffenen Verstärkungen kann mit Sicherheit darauf gerechnet werden, daß die Lage im Laufe des heutigen Tages wieder hergestellt sein wird.

*

Der Reichskanzler über den Polenputsch

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Weimar, 19. August.

Am Schlusse der heutigen Vormittagssitzung der Nationalversammlung gab Reichskanzler Bauer folgende Erklärung ab:

Während in Berlin zwischen Preußen und Polen über friedlich-schiedliche Nachbarschaft verhandelt wird, haben in Oberschlesien Agitatoren einen gewaltsamen bewaffneten Aufstand herbeizuführen versucht. Es sind die verschiedensten beunruhigendsten Nachrichten über den Stand der Dinge in Oberschlesien verbreitet. Zu meiner Freude kann ich mitteilen, daß diese Nachrichten wesentlich übertrieben sind, und daß es wesentlich besser steht, als man nach diesen alarmierenden Nachrichten annehmen sollte. Es ist um 12 Uhr mittags die Mitteilung eingegangen, daß das Generalkommando Herr der Lage ist. Wo polnische Bewaffnete eingedrungen sind, sind sie zurückgetrieben oder festgenommen worden. Nur im Gebiet östlich der Linie Beuthen—Tarnowitz halten sich noch polnische Bewaffnete auf, die nach nicht gefaßt worden sind. Reguläre polnische Truppen sind auf deutschem Boden nicht angetroffen worden. Nach Meldung des Generalkommandos trifft auch die Meldung von der Besetzung von Myslowitz nicht zu. Die Befürchtungen, die gehegt wurden, sind also nicht berechtigt. Wir sind militärisch stark genug, um dieser Putsche Herr zu werden. Es gibt eben nationalpolnische Kreise in Oberschlesien, die fürchten, daß die Volksabstimmung zu ihren Ungunsten ausfällt, und die deshalb unter allen Umständen jetzt schon feststehende Tatsachen schaffen wollen. Unsere Aufgabe wird sein, solche Bestrebungen zu verhindern und dafür zu sorgen, daß dem Friedensvertrag gemäß eine wirklich ungehinderte und unparteiische Entscheidung seitens Oberschlesiens erfolgen kann. Die Regierung betrachtet es als ihre vornehmste Pflicht, die Oberschlesier vor solchen nationalpolnischen Angriffen zu schützen, und es gereicht uns zur Freude, feststellen zu können, daß die polnische Regierung diesen Dingen fernsteht, und daß polnische Truppen sich nicht beteiligt haben. Ich glaube, daß diese Mitteilungen wesentlich dazu beitragen werden, beruhigend auch in Oberschlesien zu wirken.

Vor einem schlesischen Eisenbahnerstreik

(Von unserem hf.-Sonderberichterstatter.)

Breslau, 19. August.

Die Verhandlungen zwischen den Behörden und dem Eisenbahnerverband werden fortgesetzt. In einer Ansprache erklärte der Vorsitzende des Verbandes, Führmeister, er würde für Aufrechterhaltung der Ruhe unter den Eisenbahnern garantieren, wenn von den Behörden bis Sonnabend, den 23., folgende zwei Forderungen erfüllt würden:

1. Die Bewilligung einer Entschädigung oder Ausgleichzulage von 500 Mark.
2. Versetzung Breslaus in die erste Wirtschaftsklasse.

Sollten diese Forderungen unberücksichtigt bleiben, so würde am nächsten Sonnabend eine große Eisenbahnerversammlung stattfinden und danach der Streik proklamiert werden. Die Versetzung Breslaus in die erste Wirtschaftsklasse würde für die Eisenbahner einen Mehrstundenlohn von 40 Pfg. bedeuten.

Der neue Milliarden-Kredit

Weimar, 19. August.

Der Entwurf eines Gesetzes über einen Anleihekredit für das Rechnungsjahr 1919 in Höhe von neun Milliarden Mark wurde im Hauptausschuß angenommen mit einem Zusatz, der den Reichsfinanzminister ermächtigt, eine Prämienanleihe auszugeben, die mit steuerlichen Vorteilen ausgestattet sein kann.

Eberts Vereidigung am Donnerstag

Weimar, 19. August.

Nach einem Beschluß des Aeltestenausschusses der Nationalversammlung wird die Vereidigung des Reichspräsidenten Ebert am Donnerstag, 21. August, nachmittags 6 Uhr, stattfinden.

Dr. Helfferich an Reichspräsident Ebert

Staatssekretär Dr. Helfferich hat an den Reichspräsidenten nachstehendes Schreiben gerichtet:

Berlin W. 10, den 17. August 1919.

Euer Exzellenz

beehre ich mich, in der Anlage meine soeben ausgegebene Flugschrift „Fort mit Erzberger!" zu übersenden, in der ich die von mir im Laufe der letzten Wochen gegen den Reichsfinanzminister Erzberger erhobenen Anschuldigungen zusammengefaßt habe.

Indem ich Euer Exzellenz diese Flugschrift überreiche legt ich Wert darauf, die Beweggründe festzustellen, die mich zu meinem Vorgehen gegen den Reichsfinanzminister Erzberger veranlassen.

Zunächst weise ich mit aller Entschiedenheit die von dem Reichsfinanzminister Erzberger ausgesprochene Verdächtigung zurück, daß meine Angriffe der „Sabotage" der Steuergesetze, insbesondere des Gesetzes über das „Reichsnotopfer", dienen sollen. Diese Verdächtigung entspringt Erzbergerscher Gesinnung. Sie findet ihre Widerlegung schon in der Tatsache, daß ich bereits zu meiner Zeit als Reichsschatzsekretär, also in den Jahren 1915 und 1916, als noch niemand an Herrn Erzberger als Reichsfinanzminister, und als Herr Erzberger noch an kein „Reichsnotopfer" dachte, aus eigener Initiative die Bearbeitung des Gedankens einer großen Vermögensabgabe angeordnet habe; ferner in der Tatsache, daß meine Aufsätze über das „Reichsnotopfer" — ich füge die Broschüre gleichfalls bei — neben der Kritik an dem Zeitpunkt und den Zusammenhang der Einbringung wie an der Veranstaltung des „Grundgedankens, auch positive Vorschläge zu einer sachgemäßen Ausgestaltung der Vermögensabgabe enthalten.

Meine wirklichen Beweggründe sind die folgenden:

1. Ich fühle mich verpflichtet, nach bestem Wissen und Gewissen die historische Wahrheit gegenüber der unser Volk verwirrenden Entstellung gewisser wichtiger Vorgänge während des Krieges zu ihrem Rechte zu verhelfen;

2. Auf Grund meiner langjährigen Beobachtung des Herrn Erzberger bin ich zu der Ueberzeugung gekommen, daß dieser Mann — abgesehen von seiner nach meiner Ansicht verhängnisvollen Betätigung auf dem Gebiete der großen Politik — eine Gefahr für die Reinlichkeit unseres öffentlichen Lebens bedeutet, und daß er deshalb, zumal angesichts der weitgehenden Vollmachten, mit denen der Leiter der Reichsfinanzen jetzt ausgestattet wird, die denkbar ungeeignetste Persönlichkeit an der Spitze des Reichsfinanzministeriums ist.

Ich bin mir darüber klar, daß Ihre Meinung, Herr Reichspräsident, und die meinige über die historische Wahrheit und über die Einschätzung der politischen Tätigkeit des Herrn Erzberger auseinandergehen. Dagegen weiß ich Euer Exzellenz, ebenso wie mich selbst, von der Ueberzeugung durchdrungen, daß gerade in einer demokratisch-parlamentarischen Staatsordnung jeder unsauberen Vermischung politisch-parlamentarischer Tätigkeit und geschäftlicher Interessen, die der politischen Korruption Tür und Tor öffnet, mit dem äußersten Nachdruck entgegengewirkt werden muß. Ich sehe einen Ausdruck dieser Ueberzeugung in der von der Reichsregierung vor 14 Tagen durch das Wolffsche Telegraphenbureau erlassenen Aufforderung, ihr solche Personen namhaft zu machen, die „Verdächtigungen" gegen den Reichsfinanzminister Erzberger verbreiten, „damit sie in der Lage ist, die Verbreiter zur Rechenschaft oder vor das Strafgericht zu ziehen."

Ich habe gegen den Reichsfinanzminister Erzberger zwar keine „Verdächtigungen" verbreitet, dafür aber gegen ihn ganz bestimmt substanzierte Anschuldigungen erhoben; ich habe mich öffentlich dazu bekannt, daß dieser Teil meines Kampfes gegen den Reichsfinanzminister Erzberger sich „gegen den Typ des politisch-parlamentarischen Geschäftemachers" und damit gegen die „politisch-parlamentarische Korruption richtet; ich habe erklärt, daß ich auf keinerlei Rücksicht Anspruch mache und nichts besseres wünsche, als „vor das Strafgericht gezogen" zu werden, um dort auf Grund eidlicher Feststellungen den Nachweis für meine Anschuldigungen erbringen zu können. („Kreuz-Zeitung" Nr. 366 vom 6. August.)

Trotzdem warte ich bisher vergeblich darauf, daß die Reichsregierung sich entschließt, gegen mich ein Verfahren anzustrengen. Welche Wirkung diese Zurückhaltung auf unsere Bevölkerung ausüben muß, brauche ich Euer Exzellenz nicht erst auseinanderzusetzen.

Ich darf deshalb Euer Exzellenz anheimgeben, von meinen Anschuldigungen gegen den Reichsfinanzminister Kenntnis zu nehmen und das Erforderliche für eine einwandfreie Feststellung des meinen Anschuldigungen zugrunde liegenden Sachverhalts in die Wege zu leiten.

In vorzüglicher Hochachtung habe ich die Ehre zu sein

Euer Exzellenz ergebenster

Dr. Helfferich.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191908201-10/fragment/page=0001

„Auslese" tüchtiger Demokraten

Wir teilten vorgestern ein Inserat der Demokratischen Partei (Ortsgruppe Bad Harzburg) mit, durch welches für Bad Harzburg „eine geeignete Persönlichkeit" als Bürgermeister gesucht wurde, „die willens ist, auf der Liste der demokratischen Partei aussichtsreich zu kandidieren." Unsere Bemerkung dazu, daß solche heute nicht mehr ungewöhnlichen Erscheinungen früher nicht möglich gewesen wären, glaubt in der „Saalezeitung" jemand (Herr J. Dornblüth?) mit dem Hinweis parieren zu können, daß früher in Mecklenburg und Pommern liberale Lehrer nur schwer Anstellung gefunden hätten. Dem geistvollen Verfasser der „Saalezeitungs"-Notiz scheint die Deplaziertheit eines derartigen „Vergleiches" nicht zum Bewußtsein gekommen zu sein. Wir wollen deshalb auch keine Worte darüber verlieren, sondern nur unseren Lesern von dem scharfsinnigen Denkvermögen der demokratischen Parteileitung in Halle Kenntnis geben, das in umgekehrtem Verhältnis zu der Reichhaltigkeit und Wohlgeordnetheit des demokratischen Zettelkastens zu stehen scheint. Aber selbst über diesen, wie man sagen muß, originellen „Vergleich" hinaus treibt es den Pfiffikus, seinen Witz sprühen zu lassen. Er begründet die Richtigkeit des ungemein bezeichnenden Inserates nicht nur auf empirischem Wege, sondern sozusagen auch spekulativ, d. h. er spekuliert auf die — Harmlosigkeit seiner Leser, wenn er in naiver Selbstverständlichkeit erklärt, daß die Gemeinde Harzburg doch einen Bürgermeister haben müsse, hinter dem „auch die politische Meinung der Mehrheit der Bürgerschaft" stehe. Ganz natürlich, denn wozu haben wir in Deutschland jetzt das parlamentarische System, und was sich die Weimarer Nationalversammlung leisten kann, das können auch die Krähwinkeler Stadtväter haben. Man kann dem Herrn Parteisekretär nicht abstreiten, daß er witzig ist. Davon scheint er übrigens selbst am meisten überzeugt zu sein, denn er gibt noch gleich eine dritte Begründung, nicht nur für die Zweckmäßigkeit, sondern auch für den „neuen Geist" dieses Inserates, durch welches „dem Tüchtigen freie Bahn" geschaffen werden soll. Demokratie, so belehrt uns der Verfasser, sei „gleichbedeutend mit Hervorhebung der Tüchtigen im Staats- und Wirtschaftsleben." Das glauben wir gern, denn eben erst hatte dieser feinsinnige Interpret mit Betonung vermerkt, daß die Mehrheit der Bürgerschaft mit ihrer politischen Meinung hinter dem Bürgermeister stehen müsse, sonach unter Demokratie also die Hervorhebung der Gesinnungstüchtigen zu verstehen sei, bei denen es gleichgültig ist, ob sie die sachliche Eignung für ihr Amt besitzen. Der erfahrene Parteimann der „Saalezeitung" hat mit dieser dreifachen Begründung gleichzeitig auch den Erfordernissen der Papierknappheit Rechnung tragen zu sollen geglaubt: sich nämlich, da er nun schon einmal das Wort hatte, auch gleich tüchtig und für längere Zeit ausreichend zu blamieren.

Die spartakistischen Massenmorde

Die „Sozialistische Korrespondenz", das offiziöse Instruktionsorgan für die Parteipresse der Mehrheitssozialisten, schreibt aus Anlaß des Mordes an dem Inspektor Blau:

Eine polizeioffiziöse Korrespondenz gibt genauen Aufschluß über die Ermordung des Inspektor Blau, dessen Leiche vor einigen Tagen mit verschnürten Beinen im Landwehrkanal angeschwemmt wurde. Danach ist Blau am 1. August in eine geheime Versammlung der Berliner Kommunisten gegangen, die unter dem Deckmantel „Betrieb Lichtenstein" in einem öffentlichen Schulgebäude, der Aula des Friedrichs-Realgymnasiums in der Mittenwalder Straße getagt hat. Dort wurde er als angeblicher Spitzel einem strengen Verhör unterworfen, zum Tode verurteilt, zum nächsten Flußufer geführt und dort verschnürt ins Wasser geworfen und ertränkt. Blau soll angeblich der bayerischen Regierung in München Spitzeldienste gegen die Kommunisten geleistet haben.

Der Fall Blau ist der erste dieser kommunistischen „Spitzelmorde", der restlos aufgeklärt wird und bei dem man sämtliche Täter mit Namen kennt, wenn es auch bisher nicht gelungene ist, sie zu verhaften; es ist aber bei weitem nicht der erste derartige Mord, ihre Zahl ist vielmehr Legion. Seit Anfang Januar verschwinden aus den Reihen der Regierungstruppen, aus der Zahl der Polizeibeamten und solcher Zivilpersonen, welche der Regierung Mitteilungen über ihre Erlebnisse bei den Kommunisten machen, unausgesetzt einzelne Personen, und von ihrem Verbleib hat man bisher niemals eine Spur finden können. Schon seit Monaten sind sich alle Regierungsstellen darüber klar, daß diese Verschwundenen das Opfer spartakistischer Lynchmorde geworden sind.

Diese Tatsache wirft ein helles Licht auf die Erbitterung, mit der gegenwärtig der innerpolitische Kampf in Deutschland geführt wird.

Die Reichswehr in Chemnitz

Chemnitz, 19. August.

Die um Chemnitz versammelten Truppen sind heute früh kampflos in die Stadt eingerückt. Der Oberbefehlshaber teilte in einer durch Flieger abgeworfenen Bekanntmachung an die Bevölkerung von Chemnitz und Umgebung mit:

Nachdem meiner Aufforderung vom 11. August zur Waffenablieferung und Wiedereinlieferung der widerrechtlich befreiten Gefangenen bisher in nur ganz unzulänglichem Maße entsprochen worden ist, rücke ich zur Durchführung der für die Wiederherstellung dauernder geordneter Verhältnisse nötigen Maßnahmen heute mit den mir unterstellten Truppen in die Stadt ein. Die Bevölkerung ersuche ich, mir Vertrauen zu schenken, die Ruhe zu bewahren, die Arbeit ohne Störung fortzusetzen und die Truppen in keiner Weise zu belästigen.

Drohender Streik in der Milchversorgung

Berlin, 19. August.

Berlin ist von einem Streik bedroht, der für weiteste Kreise der Bevölkerung von schwersten Folgen sein würde. Die Arbeiter und Angestellten der Groß-Berliner Meiereien haben für Mittwoch früh den Ausstand angekündigt, falls die Meiereibesitzer und Milchhändler bis zu dieser Frist nicht restlos den von den Arbeitnehmern aufgestellten Tarif anerkannt hätten.

Die Räumung Litauens

Berlin, 19. August.

Die deutsche Regierung hat an die Entente folgende Note gerichtet:

„Die Räumung Litauens südlich des Niemen hat am 14. August mit dem Abtransport der Reichswehrbrigade 28 in Wilkowischki begonnen. Die geplante Räumung wird voraussichtlich am 2. September beendet sein."

Eine neue Kabinettskrisis in Budapest?

Wien, 19. August.

Da sich die Entente bisher ablehnend gegen den Erzherzog Josef verhält und die Sozialdemokraten die Annahme von Portefeuilles verweigern, wird Budapest von der Möglichkeit einer neuen Ministerkrise betroffen. Sollte sich die Befürchtung der hiesigen politischen Kreise verwirklichen und die Regierung gezwungen sein, zurückzutreten, so würde man nach Ansicht maßgebender politischer Persönlichkeiten zu dem Plane zurückgreifen, der vor der Rekonstruktion des Kabinetts Friedrich in den Verhandlungen mit den Ententemissionen erwogen wurde. Dieser Plan bestünde darin, daß bis zur endgültigen Entscheidung der Nationalversammlung in der Frage der Staatsform an die Spitze des Staates ein aus drei Mitgliedern bestehender Staatsrat treten würde. Dieser würde aus Vertretern der drei führenden Gesellschaftsschichten des Landes gebildet werden.

Die Unkosten der A.- und S.-Räte

Beschönigungsversuche der Sozialisten.

Weimar, 18. August.

Eine Ehrenrettung der A.- und S.-Räte bezweckt eine kleine Anfrage der sozialdemokratischen Abgeordneten Sollmann und Loebe. Sie verlangen Auskunft, wieviel von den Kosten der A.- und S.-Räte entfallen: 1. auf notwendige Verwaltungsausgaben infolge der Kopflosigkeit und des Versagens militärischer und ziviler Behörden während der Revolution, 2. auf die Rückkehr teilweise aufgelöster Truppenteile in der Heimat, 3. auf die Verpflegung solcher Truppen, 4. auf den Abtransport von aufgelösten Truppen aus zahlreichen Garnisonstädten, 5. auf die Besoldung von Sicherheitsmannschaften zur Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. — Ferner soll die Reichsregierung angeben, welche Werte insbesondere am Heeresgut durch das Eingreifen der A.- und S.-Räte für die Allgemeinheit gerettet worden sind.

Die kleinen Anfragen sind leicht zu beantworten. Mißtöne mit ausgesprochener parteipolitischer Färbung werden der Bewegung Mißgeher beschädigen und die „Ehrenrettung" für die aktivistische Einrichtung der A.- und S.-Räte finden. Aber die Beantwortung wird andererseits den Wahrheitsdienst der rechtgerichteten Parteien herausfordern und sie die Anfragen stellen lassen: 1. Wieviel Milliarden unnötig für den Räteschwindel ausgegeben worden sind und 2. wieviel mehr Milliarden von diesen famosen Einrichtungen für persönliche und persönlichste Zwecke verschleudert wurden. Wir wissen es alle: nicht ein Pfennig diente bei diesen wilden Einrichtungen zum Wohlsein. Eine solche Wirtschaft, wie die der A.- und S.-Räte, hat Deutschland noch nie erlebt und die Wahrheit wird sich selbst durch die für jede Gelegenheit passende Ausrede beschönigen lassen, daß Kopflosigkeit und Versagen ziviler Behörden die Milliardenausgaben „notwendig" machten.

Lloyd Georges Programmrede

Haag, 19. August.

„Hollandsch Nieuwsbüro" meldet aus London: Lloyd George gab in seiner gestrigen Programmrede im Unterhause einen Überblick über die Lage von Handel und Industrie. Er führte u. a. aus:

Wer glaubte, daß die Welt sofort nach Kriegsende wieder in einen normalen Zustand kommen könnte, der hat keinen Ueberblick über die Ausgedehntheit der Ereignisse der letzten fünf Jahre und deren Wirkung. Man erwartete allgemein, daß die Preise sofort herunterge hen sollten und gleichzeitig bestand ein allgemeiner Mangel an Arbeit und Material, dazu kamen Transportschwierigkeiten. Von Heer und Flotte sind jetzt 3 600 000 Mann demobilisiert, und von dieser großen Zahl ist nur ein ziemlich unerheblicher Teil nicht wieder in der Industrie untergekommen. Der Handel wird immer besser. Aber es bleiben doch noch immer große Schwierigkeiten zu überwinden. Die erste Schwierigkeit liegt in der schlechten Handelsbilanz, die gegenwärtig etwa 800 Millionen Pfund Sterling betrug. Außerdem ist die Anzahl der Schulden auf 7800 Millionen Pfund Sterling gestiegen. Zur Deckung dieser schlechten Handelsbilanz und der erhöhten Ausgaben gibt es nur einen Weg, und zwar den der Erhöhung der Erzeugung. Als dritter Faktor ist die Ueberbürdung der Häfen anzusehen. Innerhalb der letzten zwei bis drei Jahre haben die Arbeiter eine enorme Erhöhung ihrer Löhne erzielt. Auch die Arbeitsstunden sind herabgesetzt worden. Lloyd George verlangt eine Verringerung der Arbeitslosigkeit und kündigt bald nach Ende der Parlamentsferien eine Gesetzesvorlage über die Regelung der Wohnungsfrage an.

Dann sprach Lloyd George über die Kohlenfrage. Die Regierung hat den Bericht des Steinkohlenausschusses, der die Verstaatlichung des Steinkohlenbergbaues befürwortet, geprüft und daraufhin selbst die Bildung eines Fonds vorgeschlagen, aus dem die Kosten für besseren Lebensunterhalt der Arbeiter bestritten werden sollen. Die Regierung kann aber den Plan des Richters Sankey über die Verstaatlichung der Bergwerke nicht annehmen. Lloyd George hofft, daß Anfang September eine Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Bergwerksbetrieb erzielt werden kann.

Die Regierung hat weiter Maßnahmen bezüglich der Einfuhr vorbereitet und verlangt, daß des Handelsamt Vollmachten erhalten soll, um die nicht notwendige Einfuhr von Waren zu Preisen, die hinter den Erzeugungskosten zurückbleiben, zu verbieten. Weiter hat die Regierung Vorschläge mit Bezug auf die Wiederherstellung des Handels in den bestorganisierten Teilen Europas in Vorbereitung. Bezüglich der Landwirtschaft, sagte Lloyd George, daß er keine Regelung für möglich halte, die nicht wenigstens noch ein Jahr die Preiskontrolle fortbestehen lassen müsse.

Etwas vom Kaiser. „Agemeen Handelsblad" meldet, daß sich der vormalige deutsche Kaiser wieder außerhalb der Tore des Ameronger Schlosses bewege und mit Graf Bentinck gemeinsamen Spazierfahrten in der Umgegend mache.

Großfeuer. In dem Gebäude der Vogtländischen Maschinenfabrik brach am 19. August Feuer aus, das einen beträchtlichen Umfang annahm. Unter anderem sind zehn neue Krankenwagen verbrannt. Der Schaden wird auf eine Million Mark geschätzt.

Diebstahl in Wilhelmshöhe. Im Arbeitszimmer des Kaisers im Schlosse Wilhelmshöhe wurde ein Einbruchsdiebstahl verübt. Dem Täter, der mit den Oertlichkeiten vertraut gewesen sein mußte, fielen mehrere goldene Schmuckgegenstände von hohem Wert, sowie zwei kostbare Oelgemälde mit Goldrahmen in die Hand. Bisher hat man von dem Täter keine Spur.

Nachdruck verboten.

Der Staatsanwalt

15] Roman von Artur Brausewetter.

In Seewald ereignete sich nämlich etwas, was noch nie dort erlebt war. Keiner der Kurgäste, welche fast jährlich das Bad aufzusuchen pflegten, die ältesten Fischer kaum wußten sich eines ähnlichen Vorkommnisses zu erinnern.

Es fanden nämlich Einbrüche statt — Einbrüche ganz wunderbarer Art.

Kaum ein Morgen kam heran, der nicht von einem neuen Einbruch berichtet — einer immer kühner und verwegener als der andere. Und bei keinem gelang es, den Verbrecher zu fassen.

In den belebtesten Gegenden, in den hellen Mondnächten, die gerade jetzt herrschten, — ja, in diesen mit besonderer Vorliebe — wurde in die Zimmer eingestiegen, so lautlos, daß niemand davon etwas merkte, obwohl in den engen Sommerquartieren die Menschen dicht genug beisammen schliefen — ja, in die Schlafzimmer selbst drang der Verbrecher ein.

Und was das Seltsame war: größere Wertsachen wurden nach diesen Einbrüchen nie vermißt . . . hier und da nur einige wertlose Dinge. Auch hatte man Gott sei Dank bis dahin nie etwas von einem tätlichen Angriff gehört.

So wie einer der Schlafenden einmal erwacht war, hatte sich der Dieb entfernt. Der Erwachende behauptete dann, eine große, schlanke Gestalt an der Tür gesehen zu haben, die gerade in einem der Schubfächer umherkramte, und dann, bevor man, gelähmt vor Entsetzen, ihm nachkommen konnte, spurlos verschwunden sei, obwohl das volle Mondlicht auf die Erde herunter leuchtete.

Die Ortspolizei, zum erstenmal seit langer Zeit, aus ihrer Ruhe emporgescheucht, entwickelte eine mehr angestrengte als geschickte Tätigkeit. Als man sie durch einige geschulte Kräfte aus der nahen Stadt verstärkte, stellten die Einbrecher ihre Tätigkeit plötzlich ein, obwohl der Mond jetzt nicht mehr schien und die dunklen Nächte zum Einbruch viel geeigneter waren.

*

Annemarie an ihre Mutter:

Mein liebes Muttchen!

In Beiliegendem schicke ich Dir das Geld für das gewünschte Kleid. Es ist gut von Rudolf, daß er Dir die Zutaten dazu bezahlen will — nur kaufe Dir ein recht gutes Kleid von diesem Stoff und spare nicht dabei, denn, wenn ich komme, bringe ich viel Geld mit — meinen ganzen Lohn, der mir außer dem beigelegten Geld seit Monaten nicht gezahlt ist.

Ich bin heute sehr traurig. Alfredchen hat entschieden etwas gemerkt — er geht immer so abwesend umher und sieht mich mit so wunderbaren Blicken an, daß mir das Herz brechen will. Jetzt steht er hier in der Ecke neben mir und weint immerzu; denn der Herr Rittmeister, der sein künftiger Stiefvater werden soll, hat ihn eben so hart angefahren— nur weil er ihm in den Weg gekommen ist und er ihn nicht sehen mag. Es war ja meine Schuld. Ich weiß, daß sie ihn nicht ausstehen können und hätte ihn, wie sonst, hübsch aus dem Wege bringen sollen. Aber der Herr Rittmeister kam so plötzlich, und da konnte ich es nicht mehr, und nun ließ er seinen Zorn an dem Jungen aus.

O Muttchen, Muttchen — wie soll das werden, wenn er mich nicht mehr hat! Ich kann daran gar nicht denken.

Du schreibst so gut und lieb, daß ich ihn mitnehmen soll zu uns nach Hause, und Du willst zu ihm sein wie eine treue Mutter. Wie schön wäre das alles; mehr wollte ich mir in dieser Welt nicht wünschen.

Aber leider muß ich Dir mitteilen, daß dazu vorläufig noch wenig Aussicht ist. Als ich einmal eine Andeutung darüber machte, hörte die Freifrau wenig hin — sie hat jetzt wohl immer andere Gedanken.

Nun will ich es noch einmal versuchen. Ich glaube immer, die Freifrau würde es schon tun. Aber der Rittmeister wird es nicht wollen, und wenn sie es doch erlaubt, dann heiratet er sie nicht, und das will sie doch nicht. O, Muttchen, was gibt es für böse Menschen. Wenn ich ihn sehe, dann muß ich immer an den Herrn v. Alessen auf Klötzow denken — Du weißt ja; der hatte auch so düstere Augen, und die Leute bei uns sagten immer, er hätte den bösen Blick. Aber so böse waren seine Augen doch nicht wie die von unserm Rittmeister, wenn er das Alfredchen ansieht. Du glaubst nicht, wie bange mir um den Jungen ist. Ich traue dem Rittmeister alles zu; wenn es nicht von wegen des Geldes wäre — na, Du kennst die Sache ja — aber dennoch . . .

Ich träume noch immer von Alfredchen und stets traurige Sachen.

Zudem geschehen hier Nacht für Nacht Einbrüche. Denke Dir an, vorgestern haben sie in einem großen Hause eingebrochen, das nur zehn Schritt von unserm Pensionat entfernt liegt. Ich fürchte mich so, daß sie auch zu uns kommen; denn daß die Freifrau viel Geld hat, werden sie wissen.

Ich kann die ganze Nacht nicht schlafen — nicht meinetwegen, denn ich weiß, wir stehen alle in Gottes Hand. Aber wegen des Alfredchen fürchte ich mich doch oft. Aber wenn ich mich so ängstige, dann muß ich mich manchmal fragen, ob es eigentlich ein Unglück für ihn wäre — ich meine, wenn ihm etwas zustieße und er nicht mehr lebte! Was ist sein Leben denn wert?! Besonders wenn ich nun gehe und ihn niemand mehr lieb hat und sie ihn so hart anfassen, wie es der Rittmeister tut. Wäre da der Tod etwas Schlimmes für ihn?! Nicht wahr, Muttchen, jetzt begehe ich wieder eine große Sünde, daß ich so etwas ausspreche. Ich kann mir aber nicht helfen. Schilt nur recht Deine Annemarie.

Verbrenne diesen Brief wie den vorigen!

Liebste einzige Mutter!

Ich öffne diesen Brief noch einmal! Du mußt mein Glück sofort erfahren. O Mutter — so glücklich bin ich noch nicht in meinem ganzen Leben gewesen wie jetzt. Kannst Du Dir denken weshalb? Nein, Du kannst es nicht. So höre nur!

Eben ruft mich die Freifrau zu sich. Sie wollte mich ihrem Bräutigam auf die Reunion gehen. So nennen sie hier nämlich die Tanzvergnügen. Ich sollte ihr bei der Toilette helfen.

Und als ich damit fertig war, ruft sie mich noch einmal zurück und spricht von Alfred und meiner Bitte, ihn mit mir zu nehmen. Und was sagt sie zuletzt? „Annemarie," sagt sie zu mir, „Sie sind treu und gut gewesen, besonders in der letzten Zeit — ich weiß auch, wie lieb Sie meinen armen Jungen haben. Ich werde nun am Ende doch noch Ihren Herzenswunsch erfüllen — auch meinen Bräutigam habe ich schon umgestimmt. Es fehlt nur noch auf die Einwilligung seines Vormundes an — aber der bin ich so gut wie sicher — das ist nur Formsache."

O Muttchen, gutes, bestes Muttchen — während ich diese Worte niederschreibe, pocht mein Herz so, daß ich kaum die Feder noch halten kann. Ich habe ja auch nicht mehr zu schreiben. Wie selig wird das Alfredchen sein — wie selig ist Deine Annemarie.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191908201-10/fragment/page=0002

Der Gesetzgalopp der Regierung

Nationalversammlung

Fortsetzung des Berichts aus der gestrigen Abendausgabe.

Abg. Dr. Hugo (D. Vpt.) sieht in dem Weiterbestand der Außenhandelsstellen eine unerträgliche Erschwerung für den freien Handel und die interessierten Industriekreise und fragt an, ob und wann die Regierung diese Stellen aufheben will.

Reichsminister Dr. Bachem: Das Reichswirtschafts-Ministerium beabsichtigt diese Stellen nur soweit bestehen zu lassen, als es notwendig erscheint, um wirtschaftliche Störungen zu vermeiden.

Abg. Dr. Semmler (Dn.) rügt den Eingriff in die Pressefreiheit, der durch das innerhalb ganz kurzer Zeit zweimal auf je drei Tage erfolgte Verbot der „Schles. Volkszeitung" in Breslau begangen worden ist.

Regierungsvertreter Oberstleutnant von dem Bergh: Der Verkauf wird restlos aufgeklärt werden. Die Zeitung erscheint inzwischen wieder. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. Mittelmann wiederholt seine Anfrage vom 11. Juli betreffend den Vorgang in Berlin in der Nacht vom 9. zum 10. Juli, wo französische Soldaten auf offener Straße die Leute durch verächtliches Gelächter und Verhöhnungen gereizt haben und fragt sodann: 1. Was ist in diesem Fall unter „Aufhebung der eigenen Sicherheit zu verstehen? 2. Beabsichtigt die Regierung die Bestrafung für diese Ehrenbeschimpfungen des deutschen Volkes selbst zu übernehmen? 3. Welche Vorsichtsmaßregeln beabsichtigt die Regierung zu treffen, um eine Wiederholung derartiger Ausschreitungen in Zukunft zu verhindern?

Geheimrat Freiherr von Weser: Die französischen Soldaten sind nicht in Schutzhaft genommen worden, sondern sie sind von der Polizei vor der erregten Menge geschützt und Polizeiwache geführt, dort über ihre Personalien vernommen und dann durch Kameraden zur französischen Botschaft gebracht worden. Die zu den Botschaften gehörigen Personen sind als exterritorial und können nicht zur Verantwortung gezogen werden. Die Regierung kann leider nicht Vorkehrungen treffen, um die Wiederkehr derartiger unliebsamer Vorgänge zu vermeiden.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes über Enteignungen und Entschädigungen aus Anlaß des Friedensvertrages zwischen Deutschland und den Alliierten und Mächten in Verbindung mit der ersten Beratung des Gesetzentwurfes eines Ausführungsgesetzes zum Friedensvertrag.

Reichsinnenminister Müller: Die erste Vorlage will der Reichsregierung die Rechtsgrundlagen zur Durchführung einer Reihe Bestimmungen des Friedensvertrages geben. Sie wird dann überflüssig, soweit nicht eine freiwillige Abgabe erfolgt, Gegenstände, die auf Grund des Friedensvertrages an die a. und Mächte abzuliefern sind, für das Reich zu enteignen. Zu dem Gesetze wird ein

Enteignungsverfahren

geführt. Die Enteignung soll der Reichsverfassung entsprechend gegen angemessene Entschädigung erfolgen. Der Inhalt des zweiten Entwurfs ergibt sich aus der Überschrift und den an seine Spitze gestellten einzelnen Abschnitten (Geldveröffentlichungen, Leistungen, Ansprüche usw.). Im Abschnitt 9 wird vorgesehen, daß die Regierung während der Vertretung der Nationalversammlung ermächtigt sein soll, weitere gesetzgeberische Maßnahmen, die dringlich sind, anzuordnen. Beide Gesetzentwürfe bekunden das Bestreben, das deutsche Volk werde den Friedensvertrag loyal und gewissenhaft zur Ausführung bringen.

Damit schließt die Beratung. Beide Vorlagen werden an den Haushaltsausschuß verwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über Gebührenfreiheiten in Verbindung mit der zweiten Beratung des Gesetzentwurfes, betreffend das Postscheckgesetz und des Gesetzentwurfes betreffend Telegraphen- und Fernsprechgebühren.

Die Paragraphen 1—3 des Gesetzentwurfes über Postgebühren werden ohne Erörterung angenommen. Zu Paragraph 4 (Zeitungsgebühren) beantragt

Abg. Mumm (Dn.) einen Zusatz, wonach für Zeitungen und Zeitschriften, die unter Kreuzband versichtet werden, die Befreiung von der Reichsabgabe, also das ermäßigte Briefporto, bestehen bleiben soll.

Direktor im Reichspostamt Nane: Die Befreiung der Zeitungen von der Reichsabgabe hat in der Praxis zu solchen Unzuträglichkeiten geführt, daß die ganze Postbeamtenschaft gegen einer der Forderung steht, mit dieser Gebührenfreiheit aufzuräumen. Die Einrichtung ist in weitem Umfange mißbraucht worden. Bei den Vorverhandlungen mit der Presse ist von seiner Seite die Beibehaltung der Gebührenbegünstigung für diese Zeitungen beansprucht worden.

Paragraph 4 wird unter Ablehnung des Antrages Mumm unverändert angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes, sowie eine vom Ausschuß vorgeschlagene Entschließung:

„1. bis zum 1. Januar 1920 die Einführung des Einheits-Paketes unter gleichzeitiger Herabsetzung der Gewichtsgrenze für Drucksachen und Geschäftspapiere auf 500 Gramm vorzunehmen.

2. tunlichst bald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Porto- und Gebührenfreiheiten aufgehoben werden und das Portoabfüsungsverfahren beseitigt wird."

Auf Vorschlag des Präsidenten beschließt das Haus, auch noch die dritte Lesung des Gesetzentwurfes vorzunehmen. Das Gesetz wird nach kurzer Debatte in dritter Lesung unverändert angenommen.

Der Gesetzentwurf zur Änderung des Postscheckgesetzes wird ohne Erörterung in zweiter und dritter Beratung angenommen, ebenso der Gesetzentwurf betreffend Telegraphen- und Fernsprechgebühren.

Es folgt das Gesetz über Wochenhilfe und Wochenfürsorge. Nicht erörtert

Abg. Frau Schröder (Soz.): Es muß alles zur Gesundung unseres Volkes getan werden, und dazu dient das Gesetz.

Abg. Frau Weber (Ztr.): Das Gesetz bedeutet ein Stück Gerechtigkeit und Liebe für unser Volk.

Abg. Frau Kloß (Dem.): Jede Partei wird hier gern mitarbeiten. Ein gesundes Volk, das tüchtige Arbeit leistet, brauchen wir.

Abg. Frau von Gierke (Dn.): Den Grundgedanken des Entwurfes erkennen wir an.

Abg. Frau Zietz (U.-S.): Wir wünschen eine umfassende Mutterschaftsfürsorge. Der vorliegende Gesetzentwurf ist ein unvollkommenes Machwerk.

Abg. Frau Wenda (D. Vpt.): Wir möchten alle mehr geben, aber wir können es nicht.

Abg. Frau Schröder (Soz.): Mit den sächlichen Forderungen Frau Zietz stimmen wir grundsätzlich überein.

Damit schließt die Besprechung. Das Gesetz wird mit geringfügigen Änderungen in zweiter und dritter Lesung mit großer Mehrheit angenommen.

Hiermit schlägt der Präsident vor, die Sitzung abzubrechen.

Hierauf wird um 1½ Uhr die Sitzung auf nachmittag 4 Uhr vertagt: Tabaksteuervorlage, Reichsabgabenordnung, Berichte des Ausschusses für Volkswirtschaft.

Nachmittagssitzung

Um 4 Uhr 20 Min. wird die Sitzung vom Präsidenten Fehrenbach wieder eröffnet. Am Regierungstische: Dr. David, Dr. Bell.

Auf Vorschlag des Ältestenausschusses beschließt das Haus, den aus 28 Mitgliedern bestehenden Ausschuß für Kalibewirtschaftung auch als Ausschuß für die Kohlenwirtschaft fungieren zu lassen.

Es folgt die dritte Beratung des Tabaksteuergesetzes.

In der Einzelberatung bemerkt zu Paragraph 1

Abg. Arnstadt (Dn.): Meine politischen Freunde haben schwere Bedenken gegen wesentliche Bestimmungen des Entwurfes. Ein wesentlicher Teil meiner Freunde kann sich nicht entschließen, dem Gesetzentwurf, wie er jetzt vorliegt, zuzustimmen.

Paragraph 1 wird angenommen, ebenso, mit einer Reihe unerheblicher Abänderungsanträge, der Rest des Gesetzes, und schließlich in der Gesamtabstimmung das ganze Gesetz, gegen die Stimmen eines Teiles der Deutschnationalen und der Unabhängigen.

Es folgen Wahlprüfungen. Die Wahl im 7. Wahlkreise und Nachberufungen im 26. und 35. Wahlkreise werden dem Ausschußantrage entsprechend für gültig erklärt.

Es folgt der Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über die Frage der Gummibewirtschaftung. Dem Vorschlage des Ausschusses, die Regierung zu ersuchen: „den Abbau der Zwangswirtschaft für Gummi alsbald in die Wege zu leiten, die Einfuhr von Rohgummi und Halbfabrikaten der Gummiindustrie, sowie die Ausfuhr von Gummifabrikaten freizugeben, die Beschlagnahme des Rohgummis aufzuheben", tritt das Haus ohne Erörterung bei.

Es folgt der Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über die Beratung der Frage der Lederbewirtschaftung. Der Ausschuß legt eine längere Entschließung vor, die im wesentlichen bestimmt: „Die Einfuhr von Häuten, Fellen, Leder, Gerbstoffen, Schuh- und sonstigen Lederwaren ist freizugeben, desgleichen die Ausfuhr von Leder, Schuh- und Lederwaren; die Zwangsbewirtschaftung für Leder, Schuh- und sonstige Lederwaren ist aufzuheben. Das Haus tritt ohne Erörterung dieser Entschließung bei.

Es folgt der Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über die Verordnung betreffend die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Schlachtvieh. Das Haus stimmt auf Vorschlag des Ausschusses der Verordnung vom 3. Juli 1919 über die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Schlachtvieh zu, ebenso der Entschließung, die Reichsregierung zu ersuchen, die Ausmahlung des Brotgetreides sofort auf 81 Prozent herabzusetzen.

Die von der Reichsregierung auf Grund des Gesetzes über die Regelung der Kaliwirtschaft erlassenen Vorschriften zur Durchführung des Gesetzes über die Regelung der Kaliwirtschaft vom 18. Juli 1919 werden ohne Erörterung genehmigt.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs der Reichsabgabenordnung, das heißt desjenigen Teiles, der sich mit der Erhebung der Steuern befaßt und eine neue Organisation der Steuerbehörden schafft. (Gesetz über die Reichsfinanzverwaltung). Berichterstatter ist

Abg. Burlage (Ztr.): Ich stelle fest, daß auch im Ausschuß die Auffassung, daß die Erhebung der Steuern von den Landesbehörden vorzunehmen sei, vertreten wurde. Der Ausschuß hat aber mit großer Mehrheit anders entschieden.

Abg. D. Braun-Franken (Soz.): In der vorliegenden Frage wurden partikulare Interessen gegen die in der Nationalversammlung herrschende Auffassung ausgespielt. Bei diesem Streit wird aber das Reich obsiegen. Letzteres denkt gar nicht daran, die Länder oder Gemeinden verkümmern zu lassen. Die Landesregierungen sollen der Nationalversammlung Vorlagen entgegenbringen.

Abg. Dr. Becker-Hessen (D. Vpt.): Die Einzelstaaten verlieren tatsächlich die Grundlage ihrer Existenz und leben nur, soweit ihnen das Reich entsprechende Zuwendungen überläßt. Damit geht auch ein Teil der Hoheitsrechte der Einzelstaaten verloren. Wir gehen auf dem Wege der Verreichlichung aller unserer Einrichtungen ein großes Stück weiter. Heute kann der Zweifel entstehen, ob die Bestimmung nicht eine Ergänzung, wenn nicht eine Abänderung der Verfassung bedeutet, und ob sie daher nur mit der verfassungsmäßigen Mehrheit genehmigt werden kann.

Man muß zu der Auffassung kommen: die Einzelstaaten werden mediatisiert aus politischen Gründen. Es kann leicht sein, daß die Neuordnung durch das Reich keine Verbesserung bedeutet, sondern eine Verschlechterung. Für Preußen ist es zweifelhaft; für die süddeutschen Staaten möchte ich es sicher behaupten. Was im Paragraphen 451 steht, ist übersaust nicht durchführbar. Praktisch bedeutet der Paragraph, daß die mindestens fünf Milliarden Steuern, die in den Einzelstaaten aufkommen sollen, ihnen verbleiben müssen. Da nun die Einzelstaaten 25 Prozent der vom Reich aufgebrachten Steuern erhalten sollen, wären also diese mindestens fünf Milliarden Mark 25 Prozent der im Reich aufzubringenden Steuern. Diese müßten demnach gewaltig höher ausfallen, als bisher vorgesehen. (Reichsfinanzminister Erzberger: Das ist ein Mißverständnis!) Ich warne, der neuen Organisation so hoch geschraubte Hoffnungen entgegenzubringen, wie sie die Reichsfinanzverwaltung zu erwecken sucht. Schwerwiegende sachliche Gründe sprechen gegen die neue Organisation. (Lebhafter Beifall rechts! Widerspruch links.)

Reichsfinanzminister Erzberger: Durch die Reichsabgabenordnung wird die Reichsverfassung nicht geändert, sondern einfach ihr Artikel 14 ausgeführt. Der Standpunkt, daß die Einzelstaaten leichter das geeignete Beamtenmaterial finden würden, ist überwunden. Wie beim Generalstabsprinzip, das sich als das richtige bewährt hat, würdeen auch für die Steuerverwaltung die besten Kräfte aus ganz Deutschland heraus und zusammengeholt werden. Gewiß wird mit der Vorlage ein großer Schritt zum Einheitsstaat getan, aber nicht aus politischen, sondern aus tatsächlichen Gründen. Die ungeheure Verschiebung der steuerlichen Verhältnisse in Deutschland zwischen Reich und Einzelstaaten ist ein durchschlagender sachlicher Grund für die Neuorganisation. Durch diese neue Reichsorganisation kann in den Einzelstaaten gar nichts in Unordnung kommen. Der größte Teil der Einzelstaaten ist mit der Reichsverfassung völlig einig. Mit Preußen werden die Verhandlungen alsbald

nach Rückkehr der Reichsregierung nach Berlin

aufgenommen werden. Die vier süddeutschen Staaten und Sachsen werden schon in nächster Zeit die Landesfinanzämter einrichten. Auch die Personen sind schon definiert. Bei den Verhandlungen haben unsere Wünsche durchweg das größte Entgegenkommen gefunden. Gerade die Schilderungen der thüringischen Kleinstaaten sind ein mächtiger Antrieb zum Abschluß der neuen Organisation gewesen. Die Gliedstaaten sind nicht umgefallen, sondern sie haben mit drei Ausnahmen sich nach sehr eingehender und gewissenhafter Prüfung auf unseren Standpunkt gestellt. Die ganze deutsche Industrie hat keinen sehnlicheren Wunsch, als eine reichseigene Steuerverwaltung. Paragraph 451 hatte ich nicht preisgegeben, und es brauchte der preußische Finanzminister nicht herbeizeigraphiert zu werden. Er wäre ohnehin zu einer Konferenz hierher gekommen. Er hat auch nicht im Ausschuß gegen mich polemisiert. Einen

Verteilungsschlüssel für die Einkommensteuer

habe ich nie angegeben, weil er noch gar nicht feststeht. Das Reich hat nicht bloß für sich allein zu sorgen, sondern es muß sich auch um die Finanzen der Länder und Gemeinden bekümmern. Gerade weil die Organisation vorweggenommen werden mußte, hat Paragraph 451 in dem Gesetz eine Stelle gefunden. Ein Landesbesteuerungsgesetz wird den Anteil der Länder und Gemeinden an den reichseigenen Steuern regeln. Es wird bestimmen, welche Steuern den Ländern und Gemeinden überlassen bleiben. Es wird weiter den Lastenausgleich, und schließlich die Beschaffung von Ausgleichsfonds enthalten müssen. Mit diesem Landesbesteuerungsgesetz wird alles erfüllt werden, was in Paragraph 451 enthalten ist. Bis dahin nehmen Sie den Paragraphen an. Er hindert nicht, bietet aber den Ländern eine Garantie. Nachdem die Einzelstaaten so große Opfer gebracht haben, soll auch die Nationalversammlung ein Opfer bringen.

Abg. Dr. Blunck (Dem.): Meine politischen Freunde stellen sich vorbehaltlos auf den Boden der Vorlage, durch die in viel entscheidenderer Weise als durch irgend ein anderes Gesetz der Grundstein zu einem Gebäude gelegt wird für ein einiges und einheitliches Deutsches Reich. Nur auf dieser Grundlage können wir die ungeheuren Lasten tragen, die uns aufgebürdet worden sind, und können wir zu einer Gesundung unseres ganzen Finanzsystems gelangen. In der Frage, ob dieser Entwurf eine Verfassungsänderung bedeutet, steht die ganz überwiegende Mehrheit meiner Freunde auf dem Standpunkt, daß diese Frage zu verneinen ist. Wir beantragen:

1. daß die Bildung der großen Landesfinanzbezirke durch Reichsgesetz erfolgen soll, wobei natürlich die bisherigen Landesgrenzen möglichst zu berücksichtigen sein würden;

2. halten wir es für unbedingt notwendig, gesetzlich festzulegen, daß an die Spitze dieser Landesfinanzämter nicht Beamte der allgemeinen politischen Verwaltung gestellt werden dürfen.

In einem Schreiben, das der preußische Finanzminister unter dem 18. August an zahlreiche Mitglieder der Nationalversammlung gerichtet hat, verwahrt er sich in scharfen Ausdrücken dagegen, daß der Ausschuß die Bestimmung beseitigt hat, wonach eine Änderung der Vorschriften des Paragraphen 46 nur auf dem Wege der Verfassungsänderung vorgenommen werden kann.

Der Reichsfinanzminister hat einen warmen Appell an uns gerichtet, wir möchten dem Paragraphen 46, durch den den Ländern ein bestimmter Anteil am Ertrag der Reichseinkommensteuer sichergestellt werden soll, zustimmen. Ich bedauere, ihm diesen Gefallen nicht tun zu können. Ich halte es für ein Armutszeugnis gegen uns selber, wenn wir eine Bestimmung in das Gesetz hineinbringen, die nur eine spätere endgültige organische und vernünftige Regelung in gewissem Sinne die Hände bindet. (Beifall bei den Demokraten.) Wir bitten, den ganzen Paragraphen 46 zu streichen.

Preußischer Geheimrat Schwarz: Namens der preußischen Regierung bitte ich Sie, den Antrag auf Streichung des Paragraphen 46 abzulehnen und im Gegenteil dem Antrag Herold entsprechend die Bestimmung wiederherzustellen, wonach eine Änderung des Paragraphen 46 nur auf dem Wege der Verfassung vorgenommen werden kann. Die preußische Finanzverwaltung befürchtet im Einklang mit der preußischen Landesversammlung von der Einführung einer Reichseinkommensteuer für die gedeihliche Fortentwicklung der preußischen Staatsfinanzen unerträgliche und verhängnisvolle Folgen, wenn Preußen nicht durch die Vorschrift des Paragraphen 46 und insbesondere durch eine verfassungsmäßige Behandlung derselben die Sicherheit erhielte, sein eigenes Leben aufrechtzuerhalten und seine

kulturellen Aufgaben

weiter erfüllen zu können. Preußen würde, falls die Nationalversammlung sich den hier vorgetragenen Erwägungen verschließen sollte, sich vorbehalten müssen, auf Grund der Bestimmung des Artikels 74 der Verfassung Einspruch im Reichsrat zu erheben. (Hört! hört!) Und wir haben Grund zu der Annahme, daß es dabei die Mehrheit des Reichsrates auf seiner Seite haben würde. (Hört! hört!) Die unmittelbare Folge eines solchen Einspruchs wäre die Unmöglichkeit, den Plan des Reichsfinanzministers auf Übernahme der direkten Steuergesetzgebung auf das Reich bis zum 1. Oktober durchzuführen. Die preußische Regierung würde nur mit äußerstem Widerstreben von dem Mittel des Einspruchs im Reichsrat Gebrauch machen, würde sich aber im Falle der Ablehnung des Antrages Herold außerstande sehen, anders zu verfahren. (Hört! hört!)

Abg. Dr. Wirth (Ztr.): Im Gegensatz zu der eben gehörten Erklärung Preußens bringen wir dem Gesetz kein Mißtrauen entgegen. In Süddeutschland wird man für die Reichssteuergesetze kein Verständnis haben, wenn sie auf Grund der ausgezeichneten Vermögung des Südens größere Opfer zu bringen hätten, als der Norden. Wir würdigen deshalb das Vorgehen Erzbergers, selbst wenn wir mit Schmerz von unserer Selbständigkeit Abschied nehmen müssen. Nicht mit Freude begrüßen wir das Gesetz, aber wir bringen das Opfer, um die Rettung des Reiches zu ermöglichen.

Abg. Dr. von Delbrück (Dn.): Wenn das Reich die Bundesstaaten auf einen Anteil an den Steuern verweist, muß dieser auch feststehen, damit die Einzelstaaten einen Etat aufstellen und ihren kulturpolitischen Aufgaben gerecht werden können. Die Annahme des Gesetzes ist nur möglich, wenn zu dem Paragraphen 451 bzw. 46, der auch eine Verfassungsänderung bedeutet, der Antrag Herold angenommen wird. (Beifall rechts.)

(Die Sitzung dauert an.)

Der Streik in der Pfalz

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

×× Kaiserslautern, 19. August.

Die pfälzische Arbeiter- und Angestelltenbewegung dauert fort. In den süddeutschen Lederwerken in St. Ingbert sind die Arbeiter in den Ausstand getreten, weil die geforderten Lohnzulagen nicht bewilligt wurden. Auch im übrigen besetzten Gebiet dauern die Ausstandsbewegungen fort. In Aachen streiten sämtliche Straßenbahner und verlangen Lohnerhöhung und andere Arbeitsbedingungen. In Bad Ems sind die Arbeiter der Badeverwaltung und der Brunnenverwaltung in den Ausstand getreten.

Die französischen Fliegerverluste im Kriege. Nach einer offiziellen Statistik beläuft sich die Zahl der Verluste, die das französische Fliegerkorps während des Krieges erlitt, auf 3400 Beobachter und Piloten, welche getötet oder vermißt sind und auf 2920 Verwundete. In der Innenzone sind 2000 Flieger abgestürzt. Der Verlust beträgt, da der Bestand des Fliegerkorps sich beim Waffenstillstand auf 12 000 Mann belief, 61 Prozent.

*

Der Oberstkommandierende der 8. französischen Armee General Gerard macht in den Tageszeitungen bekannt, daß in den letzten Tagen zahlreiche tätliche Angriffe auf französische Soldaten in der Pfalz verübt wurden. Er warnt die Bevölkerung vor unüberlegten Handlungen, die die schlimmsten Folgen nach sich ziehen und u. a. auch die Aufhebung aller bisher gewährten Vergünstigungen herbeiführen würde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191908201-10/fragment/page=0003

Halle und Umgebung

Halle, 20. August.

Die Tabakskarten

Der Magistrat teilt mit: Die Art der Verteilung der Tabakskarten befriedigt einen Teil der Raucher nicht. Gewiß erfüllt sie nicht alle Wünsche. Aber, wie so oft, mußte sich auch hier das Ideal den praktischen Forderungen anpassen. So entschied sich denn die Ernährungs-Deputation, ebenso, wie sie einstimmig den Kreis der Verkäufer bestimmte, auch einstimmig für die Verteilung der Bezugskarten nach Haushalten, richtiger, nach Lebensmittelscheinen. Die Raucher wenden ein, dies sei ungerecht, weil es in einem Haushalt mehrere, im anderen nur einen, ein dritten überhaupt keinen Raucher gebe. Aber sollte etwa der Magistrat in jedem der über 50 000 Haushalte die Raucher feststellen? Erkennungsmerkmale für Raucher gibt es bisher nicht. Man wäre auf die Angaben der Haushalte angewiesen gewesen. Aber, selbst deren Richtigkeit vorausgesetzt — und wer würde sie im Ernst erwarten? —, welches ungeheure Maß von Ermittlungsarbeit für eine schnell vorübergehende, verhältnismäßig geringfügige Verteilung! Die Elle wäre wahrlich länger geworden, als der Kram! Es bliebe die Zuteilung nach Köpfen. Wäre die gerechter gewesen? Sicher eher das Gegenteil! Denn man hätte weniger die Raucher, als die Kinder bedacht; oder „starken Familienvätern" Tabakprämien ausgesetzt, die sie in den meisten Fällen kaum in Anspruch genommen hätten, aus naheliegenden Gründen. Man sieht, es wäre gar nicht so unüberlegt, und so ungerecht, wenn man den einfachsten Weg wählte und auf jeden Lebensmittelschein eine Karte gab, im übrigen Ausgleich zwischen rauchenden und nichtrauchenden Haushalten dem „freien Spiel der Kräfte" überließ.

Eine Härte indessen kann und soll ausgeglichen werden: Für Untermieter, Arbeitsgehilfen und dergleichen mehr, die keinen eigenen Lebensmittelschein besitzen, ebenso für Haushaltungen, die mit einem anderen Haushalt vereinigt und in dessen Lebensmittelschein mit eingetragen sind, sollen Zusatzkarten ausgegeben werden. Die Bekanntmachung hierüber erscheint in den nächsten Tagen. Bis dahin wolle man sich gedulden und auf Zuschriften und Besuche im Ernährungsamt gütigst verzichten. Die Zigarrenraucher mögen ihre Hoffnungen ohnehin nicht allzu hoch spannen. Die Zahl der Zigarren, die auf den einzelnen Haushalt kommen, wird recht klein sein. Wer Zigaretten raucht, wird besser fahren. Die Preise werden sich bei den Zigarren zwisch 80 und 50 Pfg. bewegen, Zigaretten kosten einheitlich 12 Pfg. Da der Zigarettenpreis vom Reichsverwertungsamt einheitlich festellt ist, konnte auf Preisaufdrucke auf den Zigaretten in diesem Falle keine Rücksicht genommen werden.

Der Verkauf darf erst beginnen, wenn der Magistrat es bekannt gibt. Nur dann ist eine genaue Kontrolle möglich, nur dann können Schiebungen verhindert werden.

Der Notanruf durch den Fernsprecher

Die im Interesse der öffentlichen Sicherheit geplante Einrichtung, daß im Falle von Raubüberfällen oder Diebstählen auf kurzem Wege durch den Fernsprecher polizeiliche Hilfe herbeigerufen werden kann, dürfte schon voraussichtlich Anfang Oktober in Berlin eingeführt werden. Die Oberpostdirektion, die das größte Interesse an der Einführung dieser Neuerung hat, könnte jedem Augenblick die jedenfalls sehr begrüßenswerte Einrichtung durchführen, da technische Schwierigkeiten dem nicht entgegenstehen. Man plant die Durchführung etwa in der Weise, daß der Bedrohte einfach, wenn sich das Amt meldet, ein Stichwort ausspricht. Die Beamtin stellt hierauf sofort die Verbindung mit einer ein- für allemal bezeichneten Stelle der Polizeiverwaltung her, und diese entsendet augenblicklich zu dem Hilfebegehrenden ein Hilfskommando. Die Oberpostdirektion, von der überhaupt die Initiative zu dieser Einrichtung ergangen ist, hat bereits alle Vorkehrungen getroffen. Wenn sich die Einrichtung nicht augenblicklich durchführen läßt, so liegt dies daran, daß die Polizeidirektion erst die bekannte Umgestaltung des Sicherheitsdienstes durchführen will. Nach Beendigung der Reform des Polizeiwesens wird unverzüglich an die allgemeine Einführung des Notanrufes geschritten werden. In Charlottenburg besteht bereits eine mit Automobilen ausgerüstete Schutzwache, nach deren Muster auch in anderen Berliner Vororten der Sicherheitsdienst eingerichtet werden soll. Die Stadt Charlottenburg ist daher die erste Gemeinde, in der der Notanruf zur Anwendung gelangt.

— **Für praktische Landwirte und Güterbeamte** beginnt am 1. Oktober in Neuhaldensleben der 8. Lehrgang der dortigen Lehranstalt. Wie uns mitgeteilt wird, soll dieser Kursus neun Monate dauern und wird, wie bisher, auch diesmal wieder unter der altbewährten Leitung des Oekonomierats Dr. Herzberg stattfinden. Seit Bestehen dieser Anstalt, die im Jahre 1908 als erste derartige Einrichtung im Deutschen Reiche von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen in Halle ins Leben gerufen wurde, ist die Anstaltsleitung dauernd bestrebt gewesen, älteren Landwirten und Gutsbeamten durch Vermittlung eines gründlichen, gediegenen Fachwissens, das Vorwärtskommen zu erleichtern. Es ist der beste Beweis für den deuernden Erfolg der Anstalt, daß die Zahl der Teilnehmer stetig stieg; auch zu dem neueren Herbstlehrgange sollen bereits eine größere Anzahl von Anmeldungen vorliegen. Die einerseits landschaftlich reizvolle Umgebung Neuhaldensleben bietet den Schülern andererseits auch landwirtschaftlich jede Bodenart, fast alle Besitz- und Betriebsverhältnisse, neben sämtlichen landwirtschaftlichen technischen Nebenbetrieben; desgleichen sind weitbekannte Zuchtwirtschaften, Viehgüchtereien und moderne Weidebetriebe vorhanden. Auch dürfte die Nähe der Großstadt Magdeburg mit seinen Sammlungen, landwirtschaftlichen Maschinenfabriken usw., vielen willkommen sein. Einmal im Hinblick darauf, daß unsere heimische Landwirtschaft in der nächsten Zeit voraussichtlich nur wird bestehen können durch Erzeugung von Qualitätswaare, sowohl auf dem Gebiete der Getreidebauer, als auch auf dem der Viehzucht, und im Hinblick darauf, daß nur derjenige wirklich Tüchtiges leisten kann in der Landwirtschaft, der neben Praxis auch auf wissenschaftlichem Gebiete gut durchgebildet ist, kann der Besuch dieser Anstalt nur wärmstens empfohlen werden. Bemerkt wird noch, daß von den Teilnehmern eine theoretische und praktische Abschlußprüfung abgelegt und der Titel „Von der Landwirtschaftskammer in Halle geprüfter Gutsbeamter" erworben werden kann.

— **Auflassungsvollmachten.** Nach einer Verfügung der Regierung ist in Frage gekommen, welche Wirkung das Gesetz über die Form der Auflassung vom 13. Mai 1918 auf die stempelrechtliche Behandlung der Auflassungsvollmachten in notariellen Urkunden über das der Einigung der Beteiligten zugrunde liegende Rechtsgeschäft ausübt. Bisher ist verwaltungsseitig Steuerfreiheit auf Grund des § 31 R. Grundb. O. mit der denjenigen Vollmachten zugebilligt worden, die zur Auflassung von dem Grundbuchamte ausgestellt sind, nicht aber auch solchen Vollmachten, die zur Auflassung vor einem Notar ermächtigen. Nach diesem Grundsatze sind die unter der Geltung des Gesetzes vom 15. Mai 1918 ausgestellten Vollmachten, die lediglich zur Angabe und Entgegennahme von Auflassungserklärungen ermächtigen, dem Stempel der Tarifst. 73 StSt.G. vom 26./30. Juni 1919 zu unterwerfen, da sie zur Vornahme der Auflassung vor einem Notar oder jedem Amtsgericht berechtigen. Steuerfreiheit gemäß § 31 R. Grundb. O. kommt nur für diejenigen Vollmachten in Betracht, in denen ausdrücklich als Stelle, vor der die Auflassung erfolgen soll, das Grundbuchamt bezeichnet ist. Zwecks Beseitigung von Härten ist durch Beschluß der Staatsregierung bestimmt, von der Nachversteuerung der in der Zeit vom Inkrafttreten des Gesetzes über die Form der Auflassung vom 13. Mai 1918 ab bis zum 1. Juni 1919 in notariellen Grundstücksverträgen verlautbaren Auflassungsvollmachten abzusehen, die eine Beschränkung auf Abgabe der Auflassungserklärung vor dem Grundbuchamte nicht enthalten. Der Erlaß der Steuer wird von dem Nachweis abhängig gemacht, daß die Auflassung vor dem Grundbuchamte beabsichtigt war und erfolgt ist. Zugleich ist ausgesprochen worden, daß die erteilte Ermächtigung auf die nachgeordneten Behörden übertragen werden kann.

— **Abgabe von Marmeladenobst.** Nachdem von der Reichsstelle und Provinzialstelle für Gemüse und Obst die öffentliche Erfassung von Marmeladenobst auch für dieses Jahr beschlossen worden ist, fordert der Kreisausschuß des Saalkreises die kreisangesessenen Obstbesitzer und Obsthändler öffentlich zur freiwilligen Abgabe von Marmeladenobst, Aepfeln, Birnen und Zwetschen auf. Sammelstelle ist die Firma M. Schumann in Halle, Marienstraße 1. Für gepflücktes Obst unter Ausscheidung aller verkrüppelten und beschädigten Früchte wird bei Aepfeln ein Preis von 30 Mark, bei Birnen von 25 Mark für den Zentner gezahlt, während für den Zentner Schütteln-, Most- und Fallobst folgende Preise gezahlt werden: Aepfel 15 Mark, Birnen 12 Mark, Zwetschen 25 Mark.

— **Vermehrung der Apothekenkonzessionen.** In Preußen wird nach Maßgabe der örtlichen Bedürfnisse in nächster Zeit eine entsprechende Vermehrung der Apothekenkonzessionen erfolgen.

Provinz Sachsen

5. **Eisenach**, 19. August. (Erntedieb.) Durch die wiederholten Erntediebstähle veranlaßt, hat sich der Kommandeur des in Eisenach in Garnison stehenden Landes-Jägerkorps gezwungen gesehen, einige Trupps des Jägerkorps auf die umliegenden Dörfer und Güter zu legen, um den dort gefährdeten Feldern durch Patrouillendienst den nötigen Schutz gewähren zu können. Die Patrouillen sind angewiesen, plündernde und stehlende Personen anzurufen und festzunehmen. Festgenommene werden durch das außerordentliche Kriegsgericht abgeurteilt. Auf flüchtende Personen wird geschossen. Der Kommandeur hofft, daß zur Durchführung des Befehls den Patrouillen von der Bevölkerung die nötige Hilfe und Unterstützung in weitgehendstem Maße zuteil werde.

„H.J." Sportberichte

Wacker gegen Halle 96. Heute Nachmittag treffen sich um 3/4 6 Uhr auf dem Sportplatz am Zoo die beiden ersten Mannschaften beider Vereine. Ihrem Spiel bringt man hier ein großes Interesse entgegen, da es das erste Spiel der beiden führenden Vereine am Orte ist.

— **Gauwettturnen des Nordostthüringer Turngaues in Merseburg.** Nächsten Sonntag findet auf dem Platze des Neuen Schützenhauses in Merseburg das Gauwettturnen des Nordostthüringer Turngaues statt, zu dem sich bereits über 600 Wettturner gemeldet haben. Das Wetturnen beginnt vormittags 10 Uhr. Nachmittags von 3 Uhr an: Freiübungen der 600 Wettturner und Aufführungen der Turnerinnen im Neuen Schützenhause. Auf dem Nulandtsplatze finden Ausscheidungskämpfe im Schlag-, Faust- und Fußball statt. Abends Festspiel-Aufführung: „Die Räuber" von Fr. v. Schiller im Saale des Neuen Schützenhauses.

— **Jahnwettturnen Freyburg a. U.** am 17. August. Es waren 38 Teilnehmer anwesend. Der erste Sieger (Kahl, Leipzig-Paunsdorf) erhielt die staatliche Wanderplakette. Die Sieger bis zu 86 Punkten erhielten ein Bild vom Grabe Jahns. Die Sieger verteilen sich wie folgt: 1. Richard Kahl, Allg. Turnverein Leipzig-Paunsdorf, 128 Punkte; 2. Rudolf Kobs, Lübecker Turnverein Berlin, 127 Punkte; Otto Lutter, Turngenossenschaft Koburg, 115 Punkte; 4. Alfr. Kummer, Westvorstadt Leipzig, 107 Punkte; 5. Max Dathe, Allg. Turnverein Plauen, 102 Punkte; 6. Max Wölke, Turnerschaft Corp. Berlin, 99 Punkte; 7. Rudolf Haupt, Verein Turner Apolda, 92 Punkte; 8. Richter, Turnerschaft Corp. Berlin, 90 Punkte; 9. Walter Ranft, Turnverein Wenigenjena, 89 Punkte; 9. K. Burkhardt, Westvorstadt Leipzig, 89 Punkte; 10. P. Nietzold, Langenberg (Reuß), 86 Punkte usw. Höchstleistungen: Speerwerfen, 45 Meter, Richard Kahl, Leipzig-Paunsdorf; Weitsprung, 6,70 Meter, Richard Kahl, Leipzig-Paunsdorf; Stabhochsprung, 3,20 Meter, Alfred Kummer, Leipzig; Steinstoßen, 7,80 Meter, Otto Lutter, Berlin, Rudolf Kobs, Berlin; 100-Meter-Lauf, 11 1/5 Sek., Richard Kahl, Leipzig-Paunsdorf.

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Industrie, Handel, Handwerk

Gegen die Verstaatlichung der Ilseder Hütte erhebt nun auch die Handelskammer zu Hildesheim Protest. Sie hat in der letzten zahlreich besuchten Vollversammlung einstimmig beschlossen, an die Nationalversammlung, das Reichsschatzministerium und den Staatenausschuß folgende Drahtung zu senden: „Die unterzeichnete Handelskammer, in deren Bezirk die Ilseder Hütte liegt, spricht sich mit Entschiedenheit gegen die Enteignung dieses Werkes durch das Reich aus. Die Enteignung liegt zunächst nicht im allgemeinen staatlichen Interesse, da ein bersärfter Abbau der durch den Friedensschluß verminderten deutschen Erzvorräte Raubbau bedeuten würde. Der Betrieb der Ilseder Hütte und des Peiner Walzwerks ist überdies in technischer Beziehung so kompliziert und auch kaufmännisch namentlich wegen der Beziehungen des Werks zum Auslande so besonders geartet, daß die schwerfällige staatliche Verwaltung diesen besonderen Verhältnissen nicht gewachsen sein dürfte. Zedenfalls bedeutet aber die Enteignung eine wirtschaftliche Erschütterung schwerster Art nicht nur für die Stadt und den Kreis Peine, sondern sie muß auch als den Interessen der ganzen Provinz Hannover und unseres Kammerbezirks, dessen Industrie mit der Ilseder Hütte durch viele Fäden verbunden ist, abträglich bezeichnet werden. Die Handelskammer muß deshalb auch ihrerseits von der Enteignung dringend abraten."

Ebert als Mehpunkel. Das Mehzamt für die Mustermessen in Leipzig hatte den Reichspräsidenten Ebert unter besonderem Hinweis auf die große Bedeutung der Leipziger Messen für unser gesamtes Wirtschaftsleben gebeten, der bevorstehenden Herbstmesse vom 31. August bis 6. September einen Besuch abzustatten. Darauf hat der Reichspräsident dem Mehzamt mitteilen lassen, daß er der Einladung, wenn es die Umstände irgend gestatten, gern Folge leisten werde.

Zweiauer Maschinenfabrik, Zwickau. Die Gesellschaft beruft die Inhaber ihrer Teilschuldverschreibungen zu einer Versammlung ein, deren Tagesordnung wie folgt lautet: Bestellung eines neuen Pfandhalters für die Hypothekaranleihe; Bestimmung des Umfanges seiner Vertretungsbefugnisse und Zustimmung zur grundbücherlichen Regelung der Angelegenheit.

Die Verteuerung der Schuhwaren. Die Verteuerung für Schuhversorgung schreibt: „Die Erzeugung der deutschen Schuhindustrie belief sich vom 1. April bis 31. März 1919 auf rund 15 Millionen Paar. Die April, Mai und Juni 1919 ergaben eine Produktionsziffer von etwa 40 v. H., so daß bei Beibehaltung der Zwangswirtschaft und gleichbleibendem Lederangebot mit einer Jahresproduktion von etwa 20 Millionen Paar hätte gerechnet werden können. Durch der Aufhebung der Zwangswirtschaft und dem damit verbundenen Fortfall der Höchstpreisbestimmungen für Häute und Leder werden Leder- und Schuhhersteller nicht allein den ganzen Bedarfsfall inländischer, sondern auch das Angebot ausländischer Häute und Leder zur Verfügung haben, so daß einerseits mehr Leder und Schuhe erzeugt werden können, andererseits sich jedoch die Preise für das fertige Schuhwerk durch die Bezahlung der höheren Preise der ausländischen Rohstoffe entsprechend erhöhen müssen. Es werden Preise für fabrikmäßig hergestelltes Schuhwerk erhöhen. Bei diesem Aufschlag wird es jedoch nicht bleiben können, für den Fall, daß nach Aufhebung der Zwangswirtschaft die von den Fachorganisationen vorgeschlagenen Richtpreise für Leder und Schuhe nicht überschritten werden. Die Tendenz am Markte auf dem Leder u. Schuhmarkt wird einmal davon abhängen, ob in der Zeit große Mengen Rohwaren im Auslande liegen, die der Leder- u. Schuhindustrie zugeführt werden können, zum andern aber auch davon, inwieweit es gelingt, durch angespannte Arbeit Werte zu schaffen, die den Stand unserer Valuta verbessern. Die Reichsregierung plant auf alle Fälle Maßnahmen, um den Rohstoffverbermittelten während der Uebergangszeit Gebrauchsartikel zu erschwinglichen Preisen zuzuführen."

Geldmarkt und Banken

Der Valutasturz an den Schweizer Börsen hält bekanntlich an. Heute früh fiel die deutsche Mark bereits in der ersten Viertelstunde bis auf 2 Punkte herunter und zwar von 28 auf 30 Rappen. Der Kurssturz beschränkt sich übrigens nicht nur auf das besetzte Gebiet, sondern umfaßt auch alle Entente-Valuten, einschließlich vom Dollar.

Börsengebräuche. Vom 19. August d. J. ab werden: Gummiwerke Aktien (0 Prozent), Hotelbetriebs-Gesellsch. Aktien (8 Prozent), bo. Porz.-Aktien (5 Prozent), Lüneburger Wasserleiche-Aktien (10 Prozent) ausschließlich Gewinn-Anteilschein für 1918/19 an der Berliner Börse gehandelt und notiert.

Europäische Güter- und Reiseexpäd.-Versicherungs-Aktiengesellschaft in Berlin. Unter vorstehender Firma wurde mit einem Grundkapital von 2 Mill. Mk., von dem 25 Proz. eingezahlt sind, eine neue Aktiengesellschaft gegründet, deren Gegenstand die Transportversicherung im direkten Betriebe sowie als Rückversicherung. Als weiterer Gegenstand ist vorgesehen Beteiligung an Unternehmungen, die geeignet sind, diesem Geschäftszweig zu dienen, sowie die Durchführung aller aus dem Betriebe sich ergebenden Hilfsgeschäfte. Auf Beschluß des Aufsichtsrats kann die Gesellschaft den Betrieb auf weitere Versicherungszweige ausdehnen. Die Gründer sind: die Münchener Rückversicherungsgesellschaft, Generaldirektor Max v. Engel, Budapest, Direktor Karl Bäcker, Berlin, Direktor Wilhelm Broschadt, Berlin, und Kaufmann Max Kniesz, Berlin.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Bei der an der Börse heute noch herrschenden Lustlosigkeit und Geschäftsstille hielten sich die Kursveränderungen im allgemeinen in engen Grenzen. Es unterlagen Montanwerte mit Ausnahme der Chemiewerte mäßigen Abschwächungen. Doch konnten diese im Verlaufe meist wieder hereingebracht werden. Schiffahrtswerte konnten wieder in Zusammenhang mit den Bestrebungen zum Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte bei stillem Geschäft Haltung. Auf den übrigen Märkten sind die Veränderungen ohne besonderen Belang. Etwas niedriger notierten deutsche Werte, Orientbahnaktien und A. E. G. Petroleumaktien. Kanada bewegten sich ungefähr auf gestrigem Stande. Im Verkehr zu steigenden Kursen bestanden für ausländische Anleihen und besonders für rumänische Noten. Kriegsanleihen notierten ungefähr 50. Die alten bulgarischen Noten waren weiter unverändert. Preußische Konsols schwach. Oesterreichische und ungarische Renten geschäftslos.

Produktenbericht. Die Umsätze in Hafer waren heute nicht beträchtlich, und die Preise bewegten sich auf gestrigem Stande. An Angeboten von auswärts fehlte es zwar nicht, doch sind die geforderten Preise anscheinend ziemlich hoch. Lupinen waren vollkommen ohne Interesse, und Serradella ist für spätere Sicherung auf neue Ernte angeboten. In Saatgetreide findet etwas lebhafterer Verkehr, zumeist von Kontor zu Kontor. Wetter schön.

Im freien Verkehr wurden nichtamtlich ermittelt:

Eisenbahn-Aktien:		Gasmotoren Deutz	
Halberstadt-Blankenb.	—,—	Gebhardt u. Co.	
Halle-Kettstedter	—,—	Gebhardt u. König	
Schantungbahn	129,25	Gelsenkirch. Bergb.	
Allg. Lokal-Str.	131,—	Glauziger Zuckerfbr.	
Gr. Berl. Str.	120,50	Hallesche Masch.-Fabr.	
Magdeburger Str.-B.		Hann. Masch.	
Lux. Prinz Heinrich.-B.	307,50	Harpener Berg	
Orientbahn	278,—	Hasper Eisen	
Schiffahrts-Akt.:		Hirsch Kupfer	
Hambg. Paketfahrt	100,50	Höchster Farbw.	
Hambg.-Südamerika	170,—	Hoesch Eisen u. Stahl	
Hansa-Dampfschiff	221,25	Hohenlohe-Werke	
Nordd. Lloyd	101,75	Humboldt-Masch.	
Banken:		Ilse-Bergbau	
Bank für Thür.		K. H. v. Aschersleben	
Berl. Handelsges.	152,—	Kornsud. Zucker-Akt.	
Comm u. Diskontobank	120,75	Kyffhäuserhütte	
Darmstädter Bank	105,50	Lahmeyer u. Co.	
Dess. Landesbank		Lauchhammer	
Deutsche Bank	193,50	Laurahütte	
Diskonto-Comm.	154,—	Linke u. Hofmann	
Dresdner Bank	128,25	Ludwig Loewe u. Co.	
Credit-Anst. Leipzig	130,59	Lothringer Hütte	
Mitteld. Kreditbank	111,75	Mannesmannröhren	
Privat-Bank	109,75	Oberschl. Eisenb.-Bed.	
Nationalbank	—,—	do. Caro Heg.	
Oesterr. Kredit	—,—	do. Kokswerke	
Reichsbank	148,—	Orenstein u. Koppel	
Industrie-Aktien:		Phönix-Bergb.	
Schultheiß-Brauerei	244,5	Rhein. Metall-Vorz.	
Akt. f. Anilin	226,7/8	Rhein Stahlwerke	
Allgem. Elektr.-Ges.	158,—	Riebeck. Montan.	
Ammendorfer Papierf.		Rombacher Hütten	
Anhalter Kohlenw.	162,—	Rositzer Braunk.	
Annaberger Steingut	187,—	Rositzer Zucker	
Badische Anilin	322,75	Sangerhäuser Masch.	
Bergmann Elektr. Akt.	130,—	Hugo Schneider u. Co.	
Berl. Masch.-Bau	193,75	Schuckert u. Co.	
Bismarckhütte	204,75	Siemens u. Halske	
Bochumer Gußstahl	128,75	Stettiner Vulkan	
Chem. Fabrik Buckau	110,25	Stollberger Zink.	
Chem. Griesheim	195,—	Strals. Spielkarten	
Chem. v. Heyden	211,50	Thale-Eisenhütte	
Consolidation Schalke	223,—	Triptis-Akt.-Ges.	
Cröllwitzer Papierfabr.	210,—	Türkische Tabakregie	
Daimler-Motoren	204,—	Ver. Elb.-Rottweiler	
Deutsch-Luxemburg	140,25	Glanzstoff Elberf.	
Deutsche Uebersee-El.	250,—	Wegelin u. Hübner	
Deutsche Erdöl	288,3/4	Worsch.-Weissenf. Brk.	
Deutsche Gasglühl.	347,—	Westeregeln-Alkali	
Deutsche Kali	175,—	Wittener Gußstahl	
Deutsche Waff. u. Mun.	198,—	Wrede-Mälzerei	
Donnersmarckhütte	199,—	Zelch.-Kriebitsch. Brk.	
Döring u. Lehrmann	117,—	Zeitzer Masch.	
Dürkoppwerke	289,—	Zellstoff Waldhof	
Elberfelder Farben	283,25	Otavi-Minen	
Felten u. Guilleaume	161,50		

Hauptschriftleiter: Heinrich Wolbert.
Verantwortlich für Politik: Heinrich Höfcher; für politische Rundschau und Sport: Hans Helling. Für den übrigen redaktionellen Teil: Adolf Meyer (Vertreter).
Anzeigenteil: Paul Berkes; sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- und Kunstdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191908201-10/fragment/page=0004